

Zurück in die „Stein“-Zeit?



Peter Rohland

Die drastische Kürzung des Programms Soziale Stadt im Bundeshaushalt 2011 und die Beschränkung des Programms auf investive Maßnahmen sind Signale, die ganz offensichtlich die bisherige Ausrichtung der nationalen Stadtentwicklungspolitik in Frage stellen.

Denn seit Verabschiedung der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt

hat sich die nationale Stadtentwicklungspolitik dem Leitbild der integrierten Stadtentwicklungspolitik verpflichtet.

Dies heißt aber nicht nur eine Koordinierung zentraler städtischer Politikfelder in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht, sondern auch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure. Die damit verknüpfte Erwartungshaltung ist hoch, verspricht sie doch durch ihren akteursübergreifenden Ansatz eine Stärkung der lokalen Demokratie und durch ihren ressortübergreifenden Ansatz einen Abbau der bipolaren Realitäten in den Städten, nämlich der Stadt als wirtschaftlichen Wachstumsmotor einerseits und der Stadt als Kulminationspunkt sozialer Disparitäten andererseits.

Vor diesem Hintergrund war und ist (noch) – allseits unbestritten – das Programm Soziale Stadt mit seinem sozialintegrativen, beteiligungsorientierten Ansatz ein beispielhafter Impuls für eine Stadtentwicklungspolitik, die auf den Bürger und sein Engagement für sein Quartier setzt. Dass sich dieser integrierte Ansatz bewährt hat, wird auch von der Bundesregierung nicht bestritten, der Erfolg des Programms Soziale Stadt wird unter Hinweis auf die Zwischenevaluierung von ihr sogar ausdrücklich bestätigt.

Die Rolle rückwärts in der nationalen Stadtentwicklungspolitik ist beim besten Willen nicht zu verstehen. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Städte mit einem „Jetzt erst recht“ an dieser integrierten Politik weiter festhalten werden. Unterstützung werden die Städte jedenfalls von dem Verbund von Auslobern – AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Deutscher Städte- tag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Schader-Stiftung und vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung – erhalten, der im Jahr 2000 den bundesweiten Wettbewerb zum „Preis Soziale Stadt“ ins Leben gerufen hat. Ziel dieses Wettbewerbes ist es, diesen innovativen Politikansatz zu unterstützen. Fast tausend Projekte wurden seit 2000 eingereicht. Sie belegen, wie

sozialen Konflikten innerhalb von Nachbarschaften, der sozialen Entmischung sowie der krisenhaften Entwicklung ganzer Wohnquartiere begegnet werden kann und wie Integrations- erfolge erzielt sowie nachhaltig gesichert werden können.

Für den vhw als einem der Träger dieses Wettbewerbs steht fest: Es muss auch in Zukunft ein zentrales Instrument der Städtebauförderung geben, das das Engagement der Akteure aus der Zivilgesellschaft bei der sozialen Stabilisierung benachteiligter Quartiere wirksam unterstützt. Zukunftsfähige Stadt- entwicklungspolitik setzt die Stadtgesellschaft in den Mittel- punkt seiner Anstrengungen, nicht den Stein!

Peter Rohland

Vorstand des vhw e.V.